

Niederschrift

| Gremium | Sitzung - KRB/026(V)/11 | | | |
|---|-------------------------------|----------------------------|----------|----------|
| | Wochentag, Datum | Ort | Beginn | Ende |
| Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten | Donnerstag, 10.11.2011 | Altes Rathaus Hansesaal | 17:00Uhr | 18:00Uhr |

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Da der Vorsitzende sowie der stellvertretende Vorsitzende nicht anwesend waren, übernahm **Herr Hugo Boeck** den Vorsitz der Sitzung des Ausschusses. Er eröffnet die Sitzung des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten und begrüßt die Stadträte sowie die Vertreter der Verwaltung und Gäste. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

4 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

3. Genehmigung der Niederschrift vom 06.10.2011

Über die Niederschrift der Sitzung vom 06.10.2011 wird wie folgt abgestimmt:

2 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

4. Erste Änderungssatzung der Eigenbetriebssatzung für den Eigenbetrieb Konservatorium Georg Philipp Telemann
Vorlage: DS0375/11
-

Über die Drucksache wird wie folgt abgestimmt:

4 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

5. Ausgleichssatzung für den Ausbildungsverkehr
Vorlage: DS0458/11
-

Über die Drucksache wird wie folgt abgestimmt:

4 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

6. Übertragung der Stadtratssitzungen
Vorlage: A0171/10
-

Herr Marske, Amt 30, führt zur Stellungnahme der Verwaltung aus. Er geht auf die rechtlichen Aspekte sowie auf die dargestellten Varianten zu den anfallenden Kosten ein.

Herr Hoffmann sieht es als einen Vorteil an, dass mit der Übertragung eine objektivere Berichterstattung als bisher erfolgt. Als Nachteil sieht er die Kostensituation. Er ist sich nicht schlüssig, ob die Sache den entsprechenden Effekt bringt. Er fragt nach Erfahrungen anderer Städte. Wenn der Effekt als sehr gering eingeschätzt wird, hält er die Sache aus Kostengründen für nicht sinnvoll.

Herr Hans versteht die Stellungnahme der Verwaltung so, dass mit der B-Variante keine Kosten anfallen. Wenn dies der Fall ist, sollt die Sache so weiter verfolgt werden.

Herr Meister hält die Sache an sich ebenfalls für gut. Er hält die Stellungnahme für etwas schwierig nachzuvollziehen. Er bittet um Klärungsbedarf von Seiten der Verwaltung.

Frau Szydzick schließt sich den Ausführungen von Herrn Hoffmann an. Grundsätzlich spricht nichts gegen die Sache.

Herr Krausnick äußert, dass sich die Variante B nochmals genauer angesehen werden sollte.

Herr Marske legt dar, dass es sich bei der Variante B nur um die reine Dienstleistung der Übertragung handelt. Die Anschaffung der Technik kommt kostenmäßig noch dazu.

Herr Hoffmann stellt den **Geschäftsordnungsantrag** auf Vertagung, da die einbringende Fraktion nicht anwesend ist. Weiterhin sollten Erfahrungen anderer Städte eingeholt werden und die Kostensituation ist zu klären.

Herr Hans bittet darum die Kosten zur B-Variante zu klären.

Herr Boeck ist der Auffassung, dass alle Varianten kostenmäßig nochmals überprüft werden sollten.

Herr Marske informiert, dass es in anderen Städten Untersuchungen zur Kosten-Nutzen-Analyse gibt. Hierzu sollten Informationen eingeholt werden.

Abstimmungsergebnis zum Geschäftsordnungsantrag:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

6.1. Übertragung der Stadtratssitzungen
Vorlage: S0030/11

Vertagung!

7. Pauschale Zeitkarten (Monats- bzw. Jahreskarten) für die Nutzung kommunaler Parkraumflächen
Vorlage: A0117/11

Herr Treptow, Amt 66, gibt Informationen zur Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Hoffmann findet alle Unternehmungen der Verwaltung für nicht objektiv. Änderungen durch die Landeshauptstadt Magdeburg sind immer möglich.

Frau Szydzick legt dar, dass sich im Bereich Hasselbachplatz sich bislang nichts entzerrt hat. Es gibt einfach nicht genug Parkflächen.

Herr Krausnick fragt nach, was gegen die Ausgabe von Monats-/Jahreskarten spricht.

Herr Platz ist der Auffassung, dass erst einmal der eigentliche Bedarf ermittelt werden sollte. Hier geht es nicht um die anliegenden Bewohner.

Herr Meister äußert, dass es bei der Ausgabe von Parkkarten an Anwohner wieder viele Dauerparkplätze gibt. Das ist hier aber nicht gewollt.

Herr Hoffmann vertritt die Meinung, dass die Verwaltung nach rechtlichen Lösungen suchen sollte, wie es geht und wie es nicht geht.

Herr Hans hat einige Probleme mit der Umsetzung. Die Sache würde weniger Leute in die Stadt bringen.

Herr Boeck wies auf den Aspekt hin, dass es bei dieser Preislage zur Entstehung von Dauerparkplätzen führen würde. Die Dauerparker würden dies ausnutzen und mehr in die Stadt fahren. Dies ist so nicht gewollt, schon gar nicht aus umweltpolitischer Sicht.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja-Stimme
3 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

7.1. Pauschale Zeitkarten (Monats- bzw. Jahreskarten) für die
Nutzung kommunaler Parkraumflächen
Vorlage: S0234/11

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Hugo Boeck
Sitzungsleiter

gez. Britta Becker
Schriftführerin

Anwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Michael Hoffmann
Stadträtin Claudia Szydzick
Stadtrat Torsten Hans

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundiger Einwohner Ronald Bahrs
Sachkundiger Einwohner Steffen Krausnick

Geschäftsführung

Frau Britta Becker

Stadtrat Hugo Boeck (Vertreter für Stadträtin
Frau Boeck)
Stadtrat Olaf Meister (Vertreter für Stadtrat
Herbst)

Abwesend:

Stadtrat Sören Ulrich Herbst
Stadtrat Andreas Budde
Stadtrat Martin Rohrßen
Stadträtin Helga Boeck
Sachkundiger Einwohner Oliver Schilling